

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Abstellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, durch die Post monatlich
8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark,
einschl. Zustellungsgebühren. Der-
stellungen werden von allen Reichs-
poststellen angenommen. In
ämlich, Zeitungsverzeichnisse unter
Einschl. der Postzeitung. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Hochpreis nur mit der
Einschl. der Postzeitung. In
Halle, der Zeitungsverleiher, Nr. 1103
u. 1133, der Zeitungsverleiher, Nr. 1103

Landes-Zeitung

Anzeigepreise:
Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-
metralschrift oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restanten
die 22 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle in Halle
Anzeigenschein. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schiffahrt und Sonntags-
Geschäftsstellen: Halle, Neue Promen-
ade 18, Dr. Braunsstr. 17.
Halle-Geschäftsstellen: Große
Kirchstraße 52 und Markt 2.
Verlagsgesellschaft Leipzig Nr. 228/25.

Der Stand der Ortsklassen- einteilung.

Von D. Delius, M. d. R.

Die Frage der endgültigen Ortsklasseneinteilung ist nicht nur für die gesamte Arbeitnehmerschaft einschneidend für die Beamten, sondern auch für Kriegsteilhaber, Zivildienst, Witwen und Waisen und nicht zuletzt für die gesamte Arbeiterschaft von großer Bedeutung. Es dürfte daher ermunternd sein, einen kurzgefassten Überblick über die bisherigen Maßnahmen in dieser Angelegenheit und über ihren gegenwärtigen Stand zu geben.

Ursprünglich gab es sechs Ortsklassen (Beleg von 1873). Sie waren gebildet auf Grund der Mietpreise, Steuern und Lebensmittelpreise wurden nur ganz n. b. n. in Betracht gezogen. 1903 wurde die sechste Klasse beseitigt. Der Wunsch der Beamten, für die zunächst allein die Ortsklassen Bedeutung hatten, weil nach ihnen der Wohnungszuschuß bemessen wurde, ging dahin, nicht nur die Mietpreise, sondern auch die sonstigen Steuerungs- und Steuerrechtssätze zu berücksichtigen. An Stelle des Wohnungszuschußes verlangte man sogenannte „Ortszulagen“. Hierbei ist zu bemerken, daß die Lehrer den vollen Entzug für die Wohnung als „Wohnungsgeld“ erhielten. Für die unterheirateten Lehrer war der Zuschuß gekürzt. 1908 fand eine Revision des Gesetzes von 1873 statt. Der Wunsch der Beamten blieb unberücksichtigt. Lediglich die Durchschnittspreise der Beamtenwohnungen (Dreizimmerwohnung für mittlere Beamte) galten als Maßstab. Auf Grund dieser Ermittlungen fand eine anderweitige Einteilung innerhalb der fünf Ortsklassen statt. Preußen regelte zunächst 1908 provisorisch die Angelegenheit, gab aber seine günstiger Gestaltung zugunsten der reichsgesetzlichen Regelung 1910 wieder preis.

Als man Anfang 1919 die während des Krieges eingeführten „Teuerungszulagen“ bedeutend erhöhte, schuf man drei Teuerungsklassen: besonders teure, teure und weniger teure Orte. Nach diesem Schema wurden die Zulagen abgemittelt. Daneben bestanden die Wohnungszuschüsse für die Beamten und die Wohnungsgelder für die Lehrer nach den bisherigen fünf Ortsklassen weiter.

Erst die neue Wohnungsregelung (Wohnungsgeldgesetz, Mai 1920), machte dem unübersichtlichen Zustand ein Ende. Es wurden nun die „Ortszulagen“ eingeführt, und zwar auf Grund der Ortsklasseneinteilung von 1908. Zugleich wurden die Statistischen Kenner der Länder beauftragt, Ermittlungen für ein neues Ortsklassengebiet anzustellen, das ebenfalls fünf Ortsklassen vorzuziehen. Ein Antrag Delius-Kemmerich in Reichstagsausschuß der Nationalversammlung verlangte drei Ortsklassen auf Grund der drei Teuerungszulagen. Er fand gegen Teuerungsnationale, Zentrum und Sozialdemokratie keine Annahme. Das war eine schwere Schädigung für die Beamten. Die Ermittlungen hielten sich auf Teuerungszahlen der notwendigen Lebensmittel (nicht der Gebrauchsgüter, wie Kleidung und Schuhe), der Mietpreise und der Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung. Alles übrige blieb außer Anschlag. Die Erhebungen haben nur für Gemeinden mit über zehntausend Einwohnern stattgefunden. Sie erstreckten sich auf die Monate Februar bis November 1920 und sind bis in die neueste Zeit fortgesetzt worden. Vorweg wurden eine Anzahl größerer Orte bereits im Dezember 1920 mit Wirkung vom 1. April 1921 in höhere Klassen eingereiht.

Zu Beginn dieses Jahres zeigte sich nun, daß die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten und daß die Vorarbeiten für ein neues Ortsklassengebiet noch längere Zeit beanspruchen würden. Man entschloß sich deshalb zu einer „vorläufigen Regelung“. Alle Orte, deren Höherstellung ungewiss ist, wurden entsprechend höher eingereiht. Es waren rund 7000 Orte mit Hunderttausenden von Beamten. Die vorläufige Regelung beruhte auf den Vorschlägen des Statistischen Reichsamtes. Der Reichstag hat sich auf eine Einzelberatung gar nicht eingelassen, sondern die im Reichsrat genau vorberatenen Vorschläge unverändert zum Gesetz erhoben. Neben den Teuerungsziffern wurden auch noch andere Bestimmtheiten berücksichtigt, wie die in Bade-, Kur-, Industriorten usw.

Für die Orte unter 10.000 Einwohnern waren in erster Linie die gutachtlichen Berichte der politischen Behörden maßgebend. Ein Antrag Delius-Badmeier um Hauptauschuß des Reichstags fand Annahme, wonach die Einklassung nach bestimmten Wirtschaftskriterien vorzunehmen sei, weil das bisher bestehende Verfahren eine unübersichtliche, gerechte Lösung unmöglich machte. Bei der provisorischen Regelung wurde teilweise bereits nach dem Antrag Delius-Badmeier verfahren. Seine weitere Anwendung bei der endgültigen Gesetzesgestaltung ist dringend geboten. Für die Einreichung sind vom Statistischen Reichsamt folgende Teuerungsbuchungsziffern festgelegt worden: für A 892, B 810, C 712, D 638.

Durch Beschluß des Hauptauschusses wurde der auf do-

kratische Untergang ins Leben gerufen (23.). Ausschluß für Beamtenangelegenheiten mit der Vorbereitung des endgültigen Ortsklassengesetzes beauftragt. Er sprach sich zunächst grundsätzlich dafür aus, daß statt der fünf Ortsklassen nur drei zu bilden seien. Die Regierung erklärte sich dagegen. In der nächsten Sitzung gegen Vol. Sparie, Zentrum und Mehrheitssozialdemokratie ihre Unterstützung wieder zurück und gegen die Stimmen der Demokraten, Teuerungsnationalen und Unabhängigen wurden fünf Ortsklassen festgelegt. Man gab als Grund an, daß die Verabschiedung des Gesetzes bei drei Ortsklassen bis 1. Oktober nicht möglich sein werde; aber die Neueuerung auch bei fünf Ortsklassen scheint jetzt bis 1. Oktober nicht zuzukommen.

Die jetzt im Reichstagsausschuß unter Verhandlungen haben nur informativem Charakter; es erfolgen dort keinerlei Zugaben und es werden keine Entscheidungen dort getroffen. Die einzelnen Orte brauchen also nicht zu befürchten, daß sie durch diese Verhandlungen bereits festgelegt seien. Niemand wird die Regierung auf Grund der Verhandlungen über ihren endgültigen Gehaltsvertrag dem 23. Ausschluß des Reichstags zu ausgiebiger Beratung vorlegen, der dann dem Hauptauschuß Bericht erstattet, welcher seinerseits den Gehaltsentwurf durchsprechen und an das Plenum des Reichstages zur Entscheidung weitergeben wird.

Gegenüber der herrschenden Beunruhigung kann nur immer wieder festgestellt werden, daß Entscheidungen erst später von den Ausschüssen und vom Volkrechtstag zu treffen sind.

Bayern und das Reich.

Die Vertreter der bayerischen Regierungsparteien sind erneut in Berlin eingetroffen. Nach einer kurzen Besprechung unter sich begannen die Verhandlungen in der Reichstagskammer. Die Erklärung der Deutschen demokratischen Partei in Bayern darf durchaus als eine Grundfrage für eine Verteidigung angesehen werden. Wenn von Seiten der bayerischen Regierung erklärt wird, daß die bayerischen Koalitionsparteien sich nicht in einem Gegensatz zum Kabinett befinden, so ist dagegen gewiß nichts zu sagen; denn die Verhandlungen in München haben schließlich zu einer gewissen Einigkeit unter allen Koalitionsparteien geführt. Es erhebt sich aber die Frage, wann in der Presse immer wieder der Kampf und die Gegenseite geführt werden. Es ist darum auch zweifelhaft, ob die Unterbrechung, die der bayerische Vertreter in Berlin dem Vertreter eines Berliner Blattes gewährt hat, wirklich dem allgemeinen Ziele der Berührung dient. Gerade die Männer in verantwortlicher Stellung müssen mit Ernst darauf bedacht sein, die Gegenseite nicht zu verschärfen, sondern zu überbrücken. Die Reichsregierung heißt durchaus auf dem Standpunkt, daß eine Einigung erzielt werden muß. Sie vertritt auch nach wie vor den Standpunkt, daß die untere Reichsversammlung nicht neben der Reichsregierung bestehen können. Da aber die Handhabung der Reichsversammlung den Vätern in weitestem Umfange überlassen bleibt, wird bei einem guten Willen eine Verständigung nicht unmöglich sein.

Von der Völkerverbundtagung.

Die französische Presse medelt aus Genf: Die Einleitung zu dem Abrüstungsbericht des französischen Delegierten Adolphe Maurel wurde von dem Engländer Fisher, der sich über die allgemeinen Erwägungen in der Abrüstungstage aussprach, verurteilt. Die französische Abordnung protestiert gegen die Ausführungen dieses Berichtes, namentlich gegen die Behauptung, daß die Abrüstung Deutschlands in bester Weise durchzuführen sei. Fisher erklärte ferner ein Programm für die Washingtoner Konferenz, als deren Hauptzweck er die Einschränkung der Seerüstungen bezeichnet. Viviani, Branting, Schanze, Roblenois, Jameson, Schaub und andere protestieren gegen diesen Bericht, indem sie die untere Reichsversammlung verteidigen. Der Bericht Fisher's glaubt zu wissen, daß Fisher sich bereit zeigt, Änderungen an seinem Bericht vorzunehmen.

Ein Präzedenzfall

Zu Beginn der Mittwochs-Vormittagssitzung der Völkerverbundtagung verlangte der Delegierte für Chile, Edwards, das Wort, um energisch gegen den Antrag der bolivianischen Delegation zu protestieren, daß Art. 19 des Paktes auf den Vertrag zwischen Bolivien und Chile vom Jahre 1904 Anwendung finden sollte. Der Artikel sieht vor, daß die Vermählung unerfüllbar gewordene Verträge, die den Vertriebenen gefährden, einer Neuprüfung unterliegen kann. Der chilenische Delegierte erklärte, daß keine Regierung sich der Einbeziehung des Antrages in die Tagesordnung der Völkerverbundtagung widersetze. Der Völkerverbund sei nicht zuzukünftig, und es würde durch ein derartiges Vorgehen ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen werden. Es bestünde kein Gefahr, daß man auch die Resolution der Friedenskonferenz annehmen könne. Die lebenswichtigen Ausführungen des chilenischen Delegierten wurden von der Versammlung ruhig aufgenommen. Darauf verteidigten die beiden bolivianischen Delegierten Armada und Canches in längerer Ausführungen den Standpunkt ihrer Regierung. Der Vertrag sei nicht, wie der chilenische Delegierte behauptete, auf gegenseitiger Übereinstimmung begründet, sondern durch Druck erfolgt. Der Vertrag sei undurchführbar und sei aus diesem Grund nicht durchgeführt worden. Bolivien solle jahrelang das Zielzweck der

Niederlage tragen und wende sich nun an den Völkerverbund, nicht um eine Wiedergutmachung zu erlangen, sondern um Gerechtigkeit zu fordern. Die Vermählung könne ihre Zuständigkeit nicht leugnen, wenn sie ihre eigene Exekutivbefugnis nicht aufgeben wolle. Bolivien verlange nur eine Prüfung, nämlich die, ob die Vermählung zuzukünftig sei oder nicht. Eine Kommission würde am besten eine Klärung der Angelegenheit herbeiführen.

Der chilenische Delegierte erwiderte darauf, daß die Argumente der Bolivianer nicht hinsichtlich genug seien, um eine Entgegung zu rechtfertigen. Er erklärte, daß eine Kommission nach der Geschäftsordnung zulässig sei, da bei solchen Fragen die Zustimmung in der Versammlung erfolgen müsse. Er sei aber mit jedem anderen Verfahren einverstanden, welches den Delegierten Gelegenheit geben könnte, sich einen Überblick zu verschaffen. Er protestierte dagegen, daß die Frage auf die endgültige Tagesordnung gestellt werde.

Präsident von Karamel nimmt dieser Auffassung zu und schlägt vor, daß, um der Versammlung Gelegenheit zu zeitlicher Überlegung zu geben, die Ausführungen der chilenischen und bolivianischen Delegierten gedruckt verteilt werden sollten. Die Entscheidung konnte dann in einer späteren Sitzung dieser Tagung erfolgen. Da sich kein Widerspruch in der Versammlung geltend machte, erklärte von Karamel den Antrag als angenommen. Damit ist der Zwischenfall vorläufig erledigt, der große Spannung hervorgerufen hatte, infolge der grundsätzlichen Bedeutung späterer Anwendbarkeit. Nach Annahme der vorläufigen Tagesordnung und Bestimmung des Aufgabengebets wurde die Sitzung gegen 12½ Uhr geschlossen. Nachmittags traten die ersten drei Kommissionen zusammen.

Die erste Kommission des Völkerverbundtagung

Die sich mit konstitutionellen Fragen zu befassen hat, hielt nachmittags unter dem Vorsitz von C. L. J. A. J. Italien ihre erste Sitzung ab. Das Völkerverbundtagungsbüro gab am Abend folgende Mitteilung über die Sitzung aus: Nach einer allgemeinen Diskussion über den Bericht, den der Ausschluß für Präsidenten der Tagungen im letzten Jahre vorgelegt hat, und der verabschiedeten Tagungen im letzten Jahre vorgelegt hat, beschloß der Ausschluß die verabschiedeten in diesem Bericht behandelten Probleme unter verschiedenen Umständen zu verteidigen. Diese Unteranschlüsse werden vom Präsidenten ernannt, denen auf Vorschlag Lord Balfour und Zahl-Dinamart beizugehen werden. Zahl hat sicher in tätiger Weise an allen Arbeiten des Ausschusses für Präsidenten teilgenommen. Eine fünfte Unterkommission soll später ernannt werden, um über den Bericht des Ausschusses über die Änderung des Artikels 18 des Paktes zu beraten. — Endlich beschloß der Ausschluß den Antrag der argentinischen Delegation abzulehnen, wonach alle selbständigen Staaten auf ihr Verlangen in den Völkerverbund aufgenommen werden sollen, wobei der Ausschluß jedoch keine Sympathie für die idealen Beweggründe des Antrages anspricht.

Eine neue Abstimmung in Oberschlesien!

Der französische Berichterstatter über die Oberschlesienabstimmung des Völkerverbundes kann nicht genug nachdrücklich Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zwei Weltkriege zeigen deutlich die Wichtigkeit der Wünsche gewisser französischer Kreise. Die eine behauptet, daß im Völkerverbund die Errichtung eines unabhängigen Oberschlesiens unter der Kontrolle des Völkerverbundes nach dem Muster des Saargebietes erzwungen werde, die andere spricht von einer neuen Volksabstimmung, die man vornehmen will. Beide Meinungen hängen offenbar eng miteinander zusammen. Gewisse französische Kreise möchten Oberschlesien von Deutschland unter allen Umständen reißen, wenn es nun einmal nicht an Polen kommen kann. Diese Kreise wissen nicht, weshalb sie nicht sofort die Errichtung eines unabhängigen Oberschlesiens unter der Kontrolle des Völkerverbundes verlangen. Die Frage der Selbständigkeit gestellt werden würde, nicht ungenügend werden, demgegenüber muß mit aller Schärfe darauf hingewiesen werden, daß der Vertrag von Versailles eine solche Regelung nicht zuläßt. Mit einer sofortigen Nachbesprechung könnte sich Deutschland nie und nimmer einverstanden erklären.

Schwere Ausschreitungen in Speyer.

Wegen der mit Gewalttätigkeiten verbundenen Demonstration in der vorigen Woche, wobei das Regierungsgeschehen demoliert wurde, hat die Polizei neue Befehle erlassen. Die Arbeiter haben die Forderung der Besetzung verlangt und sind gestern vormittags in den Straßen erschienen. Um 11 Uhr versammelten sich die Regierungsgeschehen von der Menge der Arbeiter. Bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten fielen Schüsse. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere schwer verletzt.

Nach amtlicher Mitteilung wurden kürzlich in Speyer 3 Kommunisten als Hauptangeklagte bei dem Sturm auf das Regierungsgeschehen und bei anderen Gewalttaten verhaftet, weshalb in gleichgearteten Arbeiterkreisen eine große Erregung entstand. Mittwoch vormittags erschienen Vertreter der linksheftigen Parteien im Stadthaus beim Bürgermeister zu einer Besprechung, die in Gegenwart des Regierungspräsidenten stattfand. Während derselben wurde die Forderung im Pole mehrere Schüsse. Nach dem Beschlusse wurde geworfen, ohne jedoch Schaden anzurichten. Als die im Stadthaus untergebrachte Polizei im Zuge besetzt und im Besatzraum erschien, verließen ihn die Arbeitervertreter. Vor dem Gebäude hatte sich eine Menge angesammelt, die den Bürgermeister, den Regierungspräsidenten und andere Beamte bedrohte und sie als Geiseln festhalten wollte, ein Vorhaben, das wegen der Abgabe der Schüsse und des Erscheins der Polizei nicht durchgeführt werden konnte.

Infolge der Vorgänge hat die französische Regierung die Polizeiverordnung über Besetzung und eine Unterdrückung

eingestellt. Jetzt herrscht Ruhe. In anderen wirtsch. Städten haben wegen der Kommunalverordnungen Beschwerden der Parteipartei stattgefunden, deren Ergebnis noch nicht bekannt ist.

Die Wirtschaftsgliederung des Reichs.

Zu der von Münchener Blättern getragenen Forderung über einen in Verfassungsausschuss des Reichsverfassungsausschusses ausgearbeiteten Plan zur wirtschaftlichen Umgestaltung Deutschlands teilt der Verfassungsausschuss des vorläufigen Reichsverfassungsausschusses selbst noch folgendes mit:

Der Verfassungsausschuss des Reichsverfassungsausschusses beschäftigt sich längerer Zeit die Frage des Aufbaues der Wirtschaftskräfte, wobei natürlich auch die geographische Abgrenzung diskutiert werden muß. Um eine Grundlage für diese Diskussion zu schaffen, hat der Ausschuss den Verfassungsausschuss für die wirtschaftliche Gliederung des Reichs, die nicht anders als die kartographische Darstellung des Hauptwirtschaftsgebiete bisher an den Verfassungsausschuss gelangten Materials. Eine Stellungnahme zu den eingegangenen Vorschlägen und Wünschen hat bisher weder im Verfassungsausschuss noch in seinem Unterausschuss stattgefunden, die eigentliche Diskussion mit Vernehmung von Sachverständigen, hat bis zur Stunde noch nicht einmal begonnen. Das ist der ganze tatsächliche Sachverhalt, so daß alle Bemerkungen, die von irgendeiner Seite an die bekannt gemordene Karte geknüpft worden sind, in vollem Umfang hinfällig sind.

Das bolschewistische Chaos.

Die Fugt der bolschewistischen Staatsangehörigen aus Sowjetrußland hält an. Angehts des Hungerlandes hat die Sowjetregierung aufgeführt der Auswanderung Schwierigkeiten zu bereiten, sie fördert sie sogar. Die Flüchtlinge befristet die Schwedensandwichen aus dem Hungergebiete. Es soll erwähnt sein, daß in den Hungergebieten neben spanischer Regierung der menschlichen Arbeitskraft für die kommunistischen Staatsbetriebe ein ausgebeuteter Menschenhandel betrieben wird. Insbesondere werden blonde Frauen und Mädchen gefischt, verkauft und gekauft, um nach Fernost weiter verhandelt zu werden. Die Schulen sind fürkomptiert, Mädchen und Frauen, noch im Lebensalter stehend, verstoßt. Der Strom der Bolschewistikländer wird ständig härter. Mit ihm gehen auch viele kommunistische Elemente nach dem Baltikum zurück, welche die bolschewistischen Regierungen auf Grund der Friedensverträge die Aufnahme nicht verweigern können, zumal die Sowjetregierung in dieser Hinsicht auf die Baltischen Staaten noch einen Druck ausübt. Flammartig jagt die Sowjetregierung die kommunistische Bewegung im Baltikum zu härten.

Der Fall Angoras.

Die Einnahme der Kemalistenhauptstadt Angora durch die Griechen mag militärisch kein allzu großer Erfolg sein, politisch bedeutet er zweifellos einen wichtigen Schlag gegen den nationalistischen Nationalismus. Weltpolitisch gesehen, ist er ein Sieg der englischen Politik. Durch die Verbindung der Kemalisten mit den Bolschewisten hat für das britische Weltreich in seinen asiatischen Vorgebietern immerhin ein Zustand scheinbarer Gefahr vorhanden. In London ist man jetzt abermals einer Sache ledig. Die Beziehungen zwischen den Angoranerinnen dürften nunmehr kaum mehr als Papierkrieg haben. Auch für Deutschland liegt in diesem Ereignissen eine gewisse Lehre. Das Beispiel Kemal Paschas hat manchem deutschen Nationalisten bisher als vorbildlich erschienen. Aber die Abenteuerpolitik hat sich noch immer als kurzfristig erwiesen.

Die Reform der Gewerbehygiene.

Wie die „Dona“ an zutreffender Stelle erzählt, ist auf Grund des Beschlusses der Preussischen Landesversammlung vom 20. Februar 1920, neben den ledigen Gewerbeaufsichtsbearbeitern auch gewerblich vorkommende Ärzte als gleichberechtigte Mitarbeiter anzuerkennen, dem Preussischen Staatsministerium vom Ministerium für Volkswohlfahrt und dem Ministerium für Handel und Gewerbe ein Entwurf zur Annahme vorgelegt worden, der befragt, auf zur Unterbreitung der ledigen Gewerbeaufsichtsbearbeitern in allen gewerblichen Betrieben für das Gebiet des Preussischen Preußen 5 Gewerbeärzte angestellt werden. Die Gewerbeärzte, die unmittelbare Staatsbeamte sind und der Aufsicht des für

ihren Amtslosh zuständigen Regierungspräsidenten unterstehen, haben die gleichen Befugnisse wie die staatlichen Aufseherbeamten, die besonders helfen bei der Arbeit, ferner abgesehen von dem, was ihrer Aufsicht unterliegen, die Betriebe zu beaufsichtigen. Die näheren Vorschriften über ihre dienstliche Stellung, ihre Befugnisse, ihre Obliegenheiten, ihre Amtseinführung, sowie die Vorschriften über die Amtsbezüge und dienstlichen Bedürfnisse der Gewerbeärzte werden vom Minister für Volkswohlfahrt im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe bestimmt. Die Vorschriften über Vorbildung, Prüfung und Fortbildung der Gewerbeärzte erläßt der Minister für Volkswohlfahrt.

Durch die Annahme des Gesetzes sind die geforderten 5 Gewerbeärzte bereits bewilligt. Sobald der vorher fixierte Antrag des Preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt an das Ministerium für Handel und Gewerbe durch das Preussische Staatsministerium angenommen und veröffentlicht ist, werden die Gewerbeärzte ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die englisch-irische Krise.

Das britische Kabinett tritt heute in Zworneth zusammen um die letzte Antwort des Valera an das Angebot der britischen Regierung zu erörtern. Der Valera zufolge wird auch Curzon wegen einer Unpäßlichkeit nicht an der Kabinettsitzung teilnehmen können.

Kaut Daily Chronicle ist die Stellung des Kabinetts klar. Verhandlungen könnten nicht stattfinden, bis die Sinnfeiner den Traum der Kostensenkung aufgegeben hätten. Das müßte ohne weitere Verzögerung geschehen. Der Ratenaustausch könnte nicht endlos weitergehen. Der Berichterstatter des Blattes meldet in den Kreisen des britischen Kabinetts herrsche eine sehr ernste Auffassung über die Note des Valera. Es werde für wahrscheinlich gehalten, daß ein neuer Versuch unternommen werde, in eine Konferenz mit den Sinnfeinern einzutreten, die praktischen Ergebnisse zeitigen könne.

Der politische Berichterstatter der Daily Mail meldet aus Zworneth, es werde den Sinnfeinführern eine kurze Spanne Zeit gewährt werden, in der sie eingehend erklären müßten, ob sie in eine Konferenz auf der in dem Angebot der britischen Regierung niedergelegten Grundlage einzutreten gewillt seien. Die Regierung werde bestimmt die gesamten Fragen dem Parlament unterbreiten, bevor sie die Verfassungspolitik in Irland wieder einführe. Sie würde es vielleicht sogar vorsehen, die Frage dem Senat zu unterbreiten. Es maglich ist, daß Krumpholtz im Herbst unter diesen Umständen keineswegs ausgeschlossen. Alasd George habe aber immer noch die ernste Hoffnung, da es die Sinnfeiner jetzt die Gefahren einer weiteren Verzögerung erkennen würden.

Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsausschusses und der nationale Volkswirtschaft der Arbeiterpartei haben gestern in Cardiff in einer gemeinsamen Sitzung ein Telegramm an Alasd George über die irische Krise beschlossen, in dem erklärt wird, es müßte jetzt neue Schritte getan werden. Die britische Regierung müßte die Vertreter des irischen Volkes zu einer Konferenz einladen. In der Entscheidung wird nachdrücklich erklärt, daß der Krieg mit den Sinnfeinern niemals die Genehmigung des britischen Volkes erhalten würde. Die Gewerkschaften und Arbeiterbewegung des Landes müßte auf Gewalt zurückgreifen, bis zum äußersten Widerstand leisten und auf der sofortigen Einberufung einer Friedenskonferenz bestehen.

Der Valera erklärte in einer Ansprache, die britischen Staatsmänner böten Irland zweiwöchige Wagnisse für Bitter an, gegen welche, daß Irland sie nicht annehmen dürfe. Er fuhr fort: Die irische Arbeiterschaft wird im Frieden wünschen. Wir haben ihn gewünscht und wünschen ihn weiterhin. Aus diesem Grunde lehnen wir es ab, die Dinge anders zu sehen als sie sind. Der Friede kann niemals auf Vorpiegelungen gegründet werden. Hast uns jede Verletzung und Heuchelei vermeiden. Wenn England ein Ultimatum ergehen lassen will, läßt es ein Ultimatum sein. Kein Vorwand wird verhindern, daß die Gewalt als das erkannt wird was sie ist. Die natürlichen Kräfte gemeinsamer Interessen werden Irland und Großbritannien zu freiwilliger Zusammenarbeit gebracht haben, wenn die regierenden Staatsmänner nicht durch vorwärtliche Anstöße unüberwindliche Schranken gezogen hätten, welche die Vorhänge der britischen Regierung durchreißen zu lassen. Wir kämpfen für die Gründung einer natürlichen Union. Jeder, der Großbritannien und Irland als Freunde zu sehen wünscht, wird beifand eingreifen.

und hgho-minische können angewiesen und... so wollen wir denn von Hugo Schnellbohrer sprechen.

Hugo Schnellbohrer ist nicht hoch, sondern tiefstapler. Er ist ein Minijahr von apodiktischer Schwabheit und Weisheit. Hugo Schnellbohrer ist Doktor der Philosophie, Millionär, Major und unerschrocken. Er besitzt Liebesgüter den Dingen dieser Welt gegenüber und eine wahrhaft epikuräische Weltanschauung. Er hätte, seiner ganzen Veranlagung nach, sich sehr im Bette liegen, alsdann Plauer, Mannen und Würdiger befristet und schließlich, in einem Morgenmüde das Werk des Bornitzes besichtigen können. Nicht von alledem Hugo tiefstapler. Er fand um sieben Uhr morgens auf, frühstückte und begab sich in der Hausgasse aus offene Fenster. Wie ein Uhu koste er hier mit der Miene eines edelsten ausstrahlenden Arbeitmannes. Mit der Kleinbürgerlichen Weise im Munde betrachtete er das tolle, später geschäftige, schließliche, nach dem den Schulbeginn ankündenden mahenden Aufschlag der Uhr, stehende zwei-Schule-Geigen der Symphonien der seinem Hause gegenüberliegenden Penne. Den hohen Auffassung seiner Seele verriet er mit keinem Worte, mit keiner Geste, und tiefstapler fleißigerliche Beobachtung. Mit der Miene des Büblers empfand er sichtlich den milden Sport der Brimstone, die almschweigend zu seinen Partierestier aufstiegen. Waren die letzten Schiller, denen er meist ein aufmunterndes Wort gab, vorab, dann schloß Hugo das Fenster und begab sich zu früh, seinem Papagei, den er zu einem vertrieben tiefstapler auszubilden für gut hielt. Er verbot ihm nämlich das Neben all der vielen Worte, die er ihm in mühsamen Jahren beigebracht hatte. Bagte früh auf nur den Schmelz zu öffnen, dann holte Hugo geschwind das dem Tier hoch unhygienische brennende Luch mit den - Naturwissen, um dem Vogel den Stimme vorzutauschen - einseitigenstalten Albernheiten und dabei den Stoff kamt zu.

Hugo, der tiefstapler, machte alsbald sich an die Arbeit. Schon daß er arbeitete, hieß es in geringsten nötig zu haben, ist ein Beweis für seine tiefstapler und muß sich selbst in dieser Hinsicht eine Ratengehigkeit der tiefstapler regiert werden. Aber gerade bei dieser Arbeit zeigte sich, daß sie recht, wie tief Hugo tiefstapler. In der Poesie, die er liebte, verpackte er sein Talent so gründlich, daß auch

Die Uebergabe Westungarns.

Das Ungarische Rot-Büro meldet: Die Budapest Vertreter der Ententekräfte haben im Auftrag der Ratifizierungskommission dem Minister des Äußeren eine Note überreicht, in der festgestellt wird, daß, obwohl die ungarische Regierung wiederholt erklärt habe, die aus dem Frieden von Trianon ent springenden Verpflichtungen einhalten zu wollen, ihr jetziges Verhalten in der westungarischen Frage leider keinen Zweifel über ihre Absichten gestattete, sich der Uebergabe Westungarns zu entziehen. Entgegen den Warnungen der Entente hätten die ungarischen Behörden gestattet, daß der frühere Ministerpräsident Friedrich Ulfényi unter der Bedingung der Zugehörigkeit des Friedensvertrages richte. Sie habe gebietet, daß er, sowie die Führer verschiedener irredentistischer Vereine und zahlreicher Offiziere und Zivilisten, die sämtlich in dem zu ubergabenden Gebiet fremd sind und über deren unmitzlerliche Absichten keine Zweifel möglich wären, sich in diese Komitate begaben. Auf Grund dieser Tatsachen würden die Vertreter der verbündeten Großmächte die ungarische Regierung mit Recht für alle Unruhen verantwortlich machen, die sich vor oder nach der Uebergabe Westungarns ereignen. Die Ratifizierungskommission ist sich dessen bewußt, daß es noch zahlreiche Fragen gibt, die nach der Durchführung der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages der Klärung harren. Aber, solange die Bestimmungen nicht vollständig durchgeführt sind, ist die Ratifizierungskommission gezwungen, die Erörterung der von der ungarischen Regierung vorgelegten Wünsche abzulehnen. Die verbündeten Mächte drücken die Hoffnung aus, daß die ungarische Regierung, in Erkenntnis der schwierigen Umstände, insonde nicht werde, mit der nötigen Entschlossenheit jederman zu genauen Durchführung des Vertrages zu zwingen, da sie überzeugt sind, daß die einzige wirksame Sicherung der Existenz der ungarischen Nation in der strengen Einhaltung der internationalen Verpflichtungen liegt. Die Ententevertreter folgten der Note folgende Bemerkung hinzu: Wir wären dankbar, wenn die ungarische Regierung dringend alle jene Maßnahmen durchführen würde, die notwendig sind, um die Erfüllung Westungarns wieder auszuführen und ohne Verzögerung durchzuführen, damit das Ubergabeprotokoll sofort nach der Uebergabe gemäß der ursprünglich festgesetzten Programm unterzeichnet werde.

Deutsches Reich.

In Verbindung mit dem türkischen Dynamitanschlag auf verschiedene Gebäude in Beauschweig wurden auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft mehrere Kommunisten verhaftet, die im dringenden Verdacht stehen, an dem Attentat beteiligt gewesen zu sein. Unter ihnen befindet sich die Kommunistin Frau Bahauer, früher braunschweigische Autarkministerin. Die Verhafteten sind verhaftet, an dem nächsten Ueberfall auf den Bahnhof Braunklage und auch an mehreren Raubüberfällen beteiligt gewesen zu sein.

Auslands-Rundschau.

Die englische Arbeitslosenbewegung. Die Blätter melden aus Dundee Ausschreitungen von Arbeitslosen, es seien zu Zahlenverhältnissen zwischen der Polizei und einer Menge von 5000 Personen, darunter zahlreiche Frauen, wobei von Seiten der Meute mit Steinen geworfen wurde. Die Polizei ging mit Knüppeln vor. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Die polnische Regierung lanciert durch die Warschauer Presse eine Farnung an Moskau. Alle Blätter haben die Sabotierung des Rigaer Friedensvertrages durch die Sowjetregierung heroor. Die reguläre Reparierung werde bewilligt gehindert.

Der König des Schicksals protestiert. Das Journal des Debaté“ meldet, daß der König von Schicksal der Bruder des Emir Feisal, an den Völkerrund einen Protest gegen die französische Verwaltung Syriens gerichtet habe. Schon in verschiedenen Berichten an den Generalstatthalter des Völkerrundes protestierte der König gegen das jetzige Regime in Syrien und Mesopotamien. Die Verbündeten schloß, den Völkerrund der alliierten Hauptmächte zu unterstützen zu deren Information.

Unterhaltungsbelleid der „Saale-Zeitung“. Freitag, 9. September. Inhalt: Gedächtnis mit Zeitfragen bunter Weibern... Roman von Fred Felix... Geschichte von Oberst von Wittenerhille... Witz. Von C. S. Baxid... Dichtertische. Von Egid Fiet... Schwärze. Von Edl. Von Dr. Maria Wert... Filmfoto. Von Elisabeth Dill... Literatur.

Der Tiefstapler.

Von Richard Nieß.

Hochstapeln ist leicht. Hochstapeln ist begehrenstwert. Wenn nimmt der Strebende Vorhang auf die Welt, die dem „Tiefstapler“ gehört. Wenn läßt Doktor sich der Stubeleude, Direktor der Kommis sich hennen, und viele, die „Waise“ noch nicht sind, lassen, dem Sprichworte getreu, durch „Kleider“ sich das machen. Hugo Schnellbohrer, der Doktor Hugo Schnellbohrer, will von alledem nichts wissen. Er läßt sich über Menschen, die ihren Ehr auf meterhohe Socken stellen, nicht ohne zuwer herab, von Millionen Geden aufsteigt zu haben. Er verachtet nicht, daß Menschen die Gastfreundschaft dienende „Kochkelle“ über ihren Wohlstand hinaus in Anspruch nehmen, und all den Unannehmlichkeiten sich aussetzen, die sie in Entzerrung der Bechervollere, Umgang mit eleganten Schiebern ihresgleichen und dem nicht recht formbarbaren Unfertigkeit in Untersuchungsgefängnissen zu finden sind.

Und doch: Jeder Mensch ist mehr oder minder unzufrieden mit der Quant, in die er hineingeworfen ist. Jeder glaubt, erst auf Unmengen zu sich selbst, zu seinem „hohen“ zu gelangen zu können. Wäre es Berichter für „Sozialisten“? Sie würden die besten Beschäftigten sein, so aber, so es ganz Dirndt und Frau „Wanderer“ Jungfrauen vor Orleans, Abtinnen der Nacht und Waldfräule gegen Einfluß und Abhängigkeit zu ein- oder mehrmaligen Gebrauche zu erleiden gibt, nicht aber Temperament, Stimmungen, Weltanschauungen und innere Größe - ganz zu Schweigen von Talent, Willkür im Jen und Abel der Bestimmung -, so über diese den Mensch und sein Welt auf das eigene mühsame

nicht der beste Dietrich keine Spur davon gefunden hätte. Raum hätte er den letzten Punkt gemacht, da klopfte es, und herein trat Bahauer, der wenig hatte, aber nach viel aufsch. Hugo hatte diese ihm damental entgegengelehnte Paare, und da er fürchtete, daß Bahauer ein Unliegendes hätte, faßelte der Millionär so tief wie nur irgend möglich und fragte den Volk, ob er ihm nicht mit 11,25 M. ausbessern könnte? Er bekam das Geld und war überzeugt, daß es das letzte des Angepunkten war. Er nahm es auch dem gegenüber nicht als einer zu ergehen, der Erparnisse auf die hohe Kante legen könnte. - Als es Offensicht war, überlud er seinen Koffer mit Ratostoffen. So erließen er als einer, der die Ernährung, gleichsam nach schwerer körperlicher Arbeit, nötig hätte. Ein Arbeiter seines Standes hätte sich an Fiet-Bestfalls geteilt. Er nahm sein Essen mit hochgeputzten Armen ein und schmalte und schmakte wie ein Sozialist.

Nach der Wahlzeit begab er sich in eine Kunstausstellung. Mit Gier wandte er sich von allen Bildern, deren befristete Veräußerung Geismat bewirten hätte. Wäre ihm nicht im letzten Augenblicke eingefallen, daß der edle Tiefstapler Kunst nicht genießt, wenn Deklamationen sie ihm schmachtig machen, denn hätte er abgesehen den letzten Schindens gerade schließ erhabend. So aber ging er lieber zu Schiffe, legte sich an den Stammschiff und hielt den Mund zu. Er wollte, so als Freund Alfred sagte und spendete Beifall, zu fremd Artur das Gegenstück behauptete. Vertriebt stelte er fest, daß er nun beiden als Adiot ersehen würde. Als er sich dann erhob und einen Kippenhock von ungelähr erseht, sagte er „Dante schön!“ Er machte sich auf den Heimweg. In der Tramabahn gab er dem Schaffner sein Trinkgeld. Im Gegenteil! Er fuhr „Schnaps“.

Dahem erwartete ihn die Post. Sein erster Bild galt dem Formular, auf dem dem Rentant keine Einkünfte angegeben sollte. Er legte ihm des Reichtrums, den er selber zum fremden Menschen offenkundig mußte! Und er trieb sein Selbstvergnügen und tiefstapler, daß er sich kaum zu der Hälfte des was bekannt, die im Uferentree des Bankhauses Kurs & Kurs lag, verachtet lag. Ein Hochstapler pflegt der Steuer gegenüber anders zu handeln. Ober nicht!